

# Chancen und Risiken ökologischer Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt

## Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Magdeburg hatte das IWS Halle und das IÖW Berlin beauftragt, für das Land Sachsen-Anhalt eine Studie über die Chancen und Risiken ökologischer Wirtschaftspolitik in diesem Bundesland zu erstellen. Die Studie ist in mehrere Teile untergliedert, wovon hier vor allem die allgemeinen Teile dokumentiert werden. Weitere Teile beschäftigen sich mit der Bestandsaufnahme der bisherigen Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt, einer Darstellung von Fallbeispielen für eine noch mögliche, ökologisch ausgerichtete Entwicklung sowie den Problemen einer ökologieorientierten Industriepolitik.

### Leitbilder ökologischen Wirtschaftens

Bezüglich der Einflüsse auf die Umwelt sind drei Ursachen für Störungen der Funktionsweise von Ökosystemen zu unterscheiden:

- der Umfang der anthropogen verursachten Stoffströme, der die Aufnahmefähigkeit der Umweltmedien überfordert,
- die Einengung des Flächen- und Raumbedarfs natürlicher Ökosysteme aufgrund menschlicher Nutzungsansprüche und
- die Einbringung von nicht natürlichen Stoffen in natürliche ökologische Kreisläufe.

Eine stärker ökologisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik erfordert die Gleichbehandlung dieser Ursachen, wobei eine entscheidende Bedingung dabei die Minimierung der durch die menschliche Tätigkeit hervorgebrachten Stoffströme im Sinne einer Schließung stofflicher Kreisläufe ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Industriestaaten und die nachholende Entwicklung in den »Entwicklungsländern« führen zu erheblichen Umweltproblemen, die immer mehr eine globale Dimension annehmen. Trotz einzelner Erfolge der Umweltpolitik nimmt die Gesamtbelastung zu. Diese Entwicklungen werden verursacht zum einen durch die Wachstumseffekte in diesen Staaten und zum anderen durch die nachholende industrielle Entwicklung in den sich entwickelnden Staaten. Es wird immer deutlicher, daß diese Wirtschaftsweisen der westlichen Staaten an ihre Grenzen stößt und eben nicht verallgemeinerbar ist, ohne daß ein ökologischer Kollaps droht.

Für den Bereich der Wirtschaft bedeutet dies, daß sich die Leitbilder des Wirtschaftens ändern müssen und an die Stelle einer reinen Orientierung auf Wachstum Leitbilder des ökologischen Wirtschaftens treten müssen.

**Ökosoziale Marktwirtschaft:** Dieser Konzeption liegt die Vorstellung zu Grunde, daß die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft notwendig ist und Umweltschutz und Wirtschaftswachstum miteinander vereinbar sind. Dies bedeutet, daß beide Ziele nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern wirtschaftliches Wachstum erst Umweltschutz ermöglichen. Dieses Leitbild thematisiert zwar ökologische Aspekte, bedeutet aber nur eine graduelle Abkehr von der Fixierung auf Wirtschaftswachstum.

**Sustainable Development:** Der Ansatz geht davon aus, daß es zu einer strukturellen Ökologisierung kommen muß. Dabei wird auch von einem veränderten bzw. erweiterten Wohlstandsbegriff ausgegangen, wobei insbesondere Umwelt- und Gerechtigkeitsaspekte eine Rolle spielen. Der Wohlstandsindikator Bruttonationalprodukt wird als ungenügend angesehen und soll um die ökologische Dimension erweitert werden.

An Stelle des Begriffs Wachstum wird der Begriff Entwicklung vorgeschlagen, wobei dieser bislang in der Diskussion nicht bzw. nur begrenzt operationalisiert wurde. Vielmehr wird darunter zur Zeit ein Vektor wünschenswerter sozialer Ziele verstanden (u. a. Erhöhung des realen je Kopf Einkommens, Verbesserung der Ernährung und Bildung), der im Zeitablauf nicht absinken soll. Entwicklung in dieser Wirtschaft bedeutet eine Erweiterung des Wohlstandsvektors bei Minimierung der nicht erneuerbaren Stoffflüsse.

### Die Problemlagen

**Wirtschaftliche Problemlagen:** Die deutsche Vereinigung hat vielfältige Auswirkungen auf Wirtschaft und Umwelt gehabt. Die Wirtschaft der ehemaligen DDR war durch folgende Merkmale geprägt:

- geringe Innovationsfähigkeit,
- alte Industriestrukturen,
- Vernachlässigung von ökologischen Problembereichen,
- regionale Spezialisierung und Konzentration,
- Orientierung und Spezialisierung auf die Arbeitsteilung mit den mittel- und osteuropäischen Ländern.

Die Vorgehensweise bei der deutschen Vereinigung, d. h. die abrupte Öffnung des ostdeutschen Marktes für die westliche Konkurrenz, der Zusammenbruch der Arbeitsteilung mit den Ländern Osteuropas in Kombination mit der Nichtwahrnehmung der Probleme der Unternehmen in den neuen Bundesländern durch die Politik und damit der fehlenden wirtschaftspolitischen Strategie, führte zu einem radikalen Bruch der Wirtschaftsstrukturen in den neuen Ländern.

Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und damit auf die soziale Lage sind flächendeckend sichtbar, wobei Problemschwerpunkte in den industriellen Zentren liegen.

**Ökologische Problemlagen:** Die Problematik der Umweltsituation in den neuen Ländern hing eng mit der Art der Produktion in der ehemaligen DDR zusammen: Überkommene Industriestrukturen und veraltete Techniken führten zu teilweise extremen Emissionen in Luft, Wasser und Boden. Der Zusammenbruch der Industriestrukturen stellte sich insofern zugleich als Umweltentlastungskonzept dar, d. h. die Verbesserung der Umweltsituation ist als »Gratiseffekt« zustande gekommen. Dabei soll nicht der Eindruck vermittelt werden, als sei dies die anzustrebende Lösung. Vielmehr setzt die Lösung der Umweltprobleme auch die Lösung der arbeitsmarktpolitischen und sozialen Probleme voraus.

Erst in neuerer Zeit greifen investive Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation durch die Anwendungen additiver Technologien und die Modernisierung des Kapitalstocks. Dennoch ist auch die Entwicklung der Umweltsituation nicht durchgängig positiv zu bewerten. Mit der ungebrochenen Übertragung des westlichen Systems sind auch dessen Umweltprobleme in die neuen Bundesländer gebracht worden, insbesondere was die Müllproblematik, die Belastung durch den Verkehr und den Flächenverbrauch angeht. Festzuhalten ist, daß der Zusammenbruch der Industriestrukturen nichts mit der Notwendigkeit der Umweltentlastung zu tun hatte, sondern allein den Konkurrenzverhältnissen auf den Märkten geschuldet war. Die Verbesserung der Umweltsituation ist insofern in einem ersten Schritt allein als Anhängsel der wirtschaftlichen Entwicklung zu sehen.

**Globale Umweltprobleme und Herausforderungen:** Parallel zu den Umbrüchen in den Staaten Mittel- und Osteuropas haben sich die Umweltprobleme verschärft und zugespitzt. Standen zu Beginn der achtziger Jahre noch eher regionale Probleme im Vordergrund (Waldsterben, Luftverschmutzung), so haben die Umweltprobleme und deren Wahrnehmung globale Maßstäbe angenommen (Ozonloch, Klimaproblematik) und stellen letztlich auch die Wirtschaftsweisen des Westens in Frage.

Stand zu Beginn der 70er Jahre die Ressourcenproblematik im Vordergrund (*Grenzen des Wachstums*), so hat insbesondere die Diskussion um die Klimaproblematik und damit vorrangig die Frage der CO<sub>2</sub>-Freisetzung zu einer Erweiterung der Fragestellung geführt, die nun auch die Frage der Begrenzung der Emissionen und damit der Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre betrifft. Diese Problemlagen werden zudem ver-

schärft durch die nachholende Entwicklung und Industrialisierung, die sich nun in den Entwicklungsländern – insbesondere in Asien – vollzieht.

Unter der Voraussetzung, daß die Aufnahmekapazität der Atmosphäre begrenzt ist und die CO<sub>2</sub>-Freisetzungen bereits in ihrem gegenwärtigen Niveau zu hoch sind und damit klimaverändernd wirken, sind Schritte zur Eingrenzung dieser Emissionen erforderlich. Wird die Entwicklungsdynamik der sich industrialisierenden Länder miteinbezogen, ergeben sich massive Verteilungskonflikte um die Emissionsrechte, wenn ein international abgestimmtes Vorgehen erreicht werden sollte. Erste internationale Verhandlungen zu diesen Themengebieten wurden im Jahre 1992 im Rahmen der UNCED Konferenz unternommen, allerdings ohne daß es bislang zu massiven Anstrengungen auf diesem Gebiet gekommen wäre. Die Bilanz des Bundesumweltministers verdeutlichte, daß es in Deutschland bislang nicht gelungen ist, dem Ziel einer 25 % CO<sub>2</sub>-Reduktion in Deutschland bis zum Jahre 2005 näherzukommen.

### Ökologische Wirtschaftspolitik – Möglichkeiten und Grenzen

Staatliche Maßnahmen hin zu einer Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft haben sehr unterschiedliche Ebenen, die im Sinne von Umweltpolitik als Querschnittspolitik jeweils auf ihr ökologisches Handlungspotential geprüft werden sollten. Dabei sind insbesondere die Elemente der »Politik des institutionalisierten Marktversagens« (Minsch 1992) zu beseitigen, die sich u. a. an folgenden Faktoren festmachen lassen:

- der Wirtschaftsförderung durch Institutionalisierung von Marktversagen,
- der Risikoübernahmegarantie durch den Staat (Haftungsregelungen) und
- der Mobilitäts-, der Energie- und der Entsorgungsgarantie (Minsch 92).

Durch diese Faktoren werden die Risiken der Umweltnutzung den Produzenten und Konsumenten nicht zugerechnet, mit der Folge, daß es zu Übernutzungen der Umwelt kommt. Eine Veränderung dieser Einflußfaktoren hätte einen wesentlichen Einfluß auf die ökologischen Risikostrukturen der Gesellschaft.

Neben den Maßnahmen der Veränderung des Ordnungsrechts, also Festlegung und Entwicklung von Normen, Standards und Grenzwerten, Ge- und Verboten, damit also des rechtlichen Rahmens und der Beeinflussung der privaten Nachfrage, gibt es weitere Handlungsoptionen:

- Orientierung der staatlichen Einnahmepolitik an der ökologischen Schädlichkeit von Produkten und Verhaltensweisen (Ökosteuern),
- Finanzielle Anreize, Subventionierung ökologieorientierter Produkte und Produktionsverfahren,

- Förderung des umwelttechnologischen Fortschritts durch technologiepolitische Maßnahmen,
- Förderung von Forschung und Entwicklung in umweltentlastender Hinsicht,
- Förderung des Technologietransfers durch Information und Beratung, Demonstrationsvorhaben etc.,
- Nutzung der öffentlichen Nachfrage nach einer ökologischen Ausrichtung der Produkte,
- Entwicklung ökologie-orientierter Leitbilder,
- ökologische Technikfolgenabschätzung,
- Förderung einer ökologieorientierten Infrastruktur,
- ökologieorientierte Ausrichtung staatlicher Unternehmen und der staatlichen Förderung,
- Entwicklung und Implementation von Informationssystemen auf betrieblicher, regionaler und staatlicher Ebene.

### Begrenzungen staatlicher Handlungsmöglichkeiten

Wirtschaftspolitik kann in einer Marktwirtschaft nur begrenzt Einfluß nehmen, insbesondere auf der Ebene eines Bundeslandes. Der Rahmen für Wirtschaftspolitik ergibt sich zudem durch die internationalen Verflechtungen, aus denen ein außenhandelsabhängiges Land wie die Bundesrepublik sich nicht völlig abkoppeln kann. Dennoch ist festzuhalten, daß die verschiedenen Regionen bzw. Länder jeweils bestimmte Spezialisierungsmuster im internationalen Wettbewerb haben, die sich nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher Regulierungen und Traditionen in den einzelnen Ländern ergeben. Damit wird deutlich, daß sich auch auf dieser Ebene Spielräume ergeben. Eine Verhinderung von Wirtschaftspolitik mit dem Hinweis auf die internationale Konkurrenz bedeutet letztlich nur, daß davon ausgegangen wird, daß keine Spezialisierung stattfindet und stattgefunden hat (Porter 1991).

Gerade für die Umweltpolitik und eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik ist festzuhalten, daß sich hier durch eine Vorreiterrolle durchaus auch Wettbewerbsvorteile ergeben können. Es läßt sich zeigen, daß die – begrenzte – Umweltpolitik in der Bundesrepublik in der Lage war, dem Standort Deutschland im Bereich der Umwelttechnik eine bedeutende Wettbewerbsstellung zu sichern. Dies gilt nicht allein für die Umwelttechnik, sondern insbesondere auch für die Ebenen der Verfahrenstechnik, der Meß- und Regelungstechnik und dem Maschinenbau, die ja jeweils eng mit der Umwelttechnik verbunden sind (BMFT 1993). Zugleich ist festzuhalten, daß es sich um Know-how-intensive Bereiche handelt, die auch für die Standortsicherung in der Bundesrepublik von Bedeutung sind.

Damit ist eine Politik, die auf Innovationen setzt, in Teilbereichen zugleich eine ökologieorientierte Politik in dem Sinne, daß die effiziente Nutzung von Ressourcen im Mittelpunkt

steht. Dieses Kriterium allein genügt allerdings nicht den Anforderungen an ein Sustainable Development, ist aber sehr wohl ein Element davon.

### Langfristige Orientierung der Wirtschaftspolitik

Die globale Umweltsituation und die notwendigen Maßnahmen, wie sie im Rahmen der UNCED-Konferenz zumindest für den Bereich Energie in Form der CO<sub>2</sub>-Reduktionsnotwendigkeiten dargestellt wurden, geben die perspektivische Orientierung vor. Abgesehen von dem Fall, daß es auf internationaler Ebene zu keinen Handlungen kommt und somit nicht auf die Problemlagen reagiert wird, müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden.

Die Bundesrepublik hat auf der Rio Konferenz zugesagt, bis zum Jahre 2005 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 25 % – bezogen auf das Gebiet der alten Bundesländer – zu vermindern. Die Bundesregierung hat somit ein Minderungsziel vorgegeben, daß zwar nicht in der Dimension, aber in seiner Ausrichtung den Ansätzen einer ökologischen Wirtschaftspolitik entspricht: Begrenzungen festzulegen und Maßnahmen zu ergreifen, um die festgelegten Ziele auch tatsächlich zu erreichen. Allerdings bleibt festzuhalten, daß die Umsetzung aufgrund vielfältiger Widerstände bisher nicht zustande kam, dies nicht zuletzt aufgrund des ungebrochenen Wachstums des Verkehrssektors.

Ausgehend von den Grenzen der Belastbarkeit der Ökosphäre sollten Reduktionsziele festgelegt werden, die innerhalb bestimmter Fristen zu erreichen sind. Wesentlich ist es dabei, die Rahmenbedingungen so festzulegen, daß eine langfristige Orientierung glaubwürdig vorgegeben wird und die wirtschaftlichen Akteure sich an diesen langfristigen Zielen orientieren können. Ökologische Wirtschaftspolitik bedeutet insofern, daß ökologische Grenzen festgelegt werden, an denen sich die Wirtschaft orientieren muß und die Anreize zur Effizienzerhöhung in den verschiedenen Bereichen bieten.

### Veränderung der Rahmenbedingungen und Anpassungsprozesse

Die Klimaproblematik und damit die Notwendigkeit der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen stellen ähnlich der Energiepreiserhöhungen zu Beginn der achtziger Jahre eine Veränderung der Rahmenbedingungen des Wirtschaftens dar. Dabei bietet sich ein Vergleich der damaligen Reaktionsmuster in Ost und West an, die sich deutlich unterscheiden. Die Veränderungen der Rahmenbedingungen, die auf die Energiepreiserhöhungen in den 70er und Anfang der 80er Jahre zurückgehen, gaben in den westlichen Staaten innovative Anstöße, die in der Folge zu einer Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch geführt haben, ohne daß es zu Wohlstandseinbußen gekommen ist.

Setzt man dies in Vergleich zu den Entwicklungen in der ehemaligen DDR im Energiebereich, so haben sich auch dort die Rahmenbedingungen geändert. Das Bestreben der staatlichen Politik war es allerdings, weiterhin eine Angebotsstrategie zu fahren, d. h. auf eine Politik der Energiebereitstellung zu setzen, indem verstärkt die heimische Braunkohle genutzt wurde. D. h., die Konsequenzen der Energiepreiserhöhungen wurden den Energieverbrauchern nicht weitergegeben, sondern indirekt subventioniert, sodaß der Anreiz für veränderte Verhaltensweisen, also Energieeinsparung, gering war. Die Konsequenz war, daß in den achtziger Jahren insbesondere die Luftverschmutzung deutlich zunahm und sich zugleich die wirtschaftliche Situation verschlechterte. Insofern gingen ökologische und ökonomische Veränderungen Hand in Hand.

Überträgt man diesen Entwicklungsvergleich zwischen Ost und West zu Beginn der 80er Jahre auf die heutigen Herausforderungen, so wird deutlich, daß innovative Anstöße auch durch veränderte Rahmenbedingungen, Restriktionen gegeben wurden. Eine Politik, die sich nicht den neuen Herausforderungen stellt, sondern weiterhin angebotsorientiert ist und weiterhin Energie, Verkehrsinfrastrukturen und Flächen zur Verfügung stellt, die den ökologischen Kosten nicht angemessen sind, führt nicht zu neuen Problemlösungen, sondern zu einer Beibehaltung des Status quo. Dieser ist nicht allein aus umweltorientierten Gesichtspunkten, sondern auch unter Wettbewerbsgesichtspunkten auf Dauer nicht zu halten.

#### Die besondere Bedeutung für die neuen Bundesländer

Die vernachlässigte Infrastruktur und die maroden Betriebe hatten vielfältige Handlungsoptionen für eine grundlegende und auch ökologische Ausrichtung der Wirtschaft eröffnet. So hätte die Möglichkeit bestanden, neue ökologieorientierte Konzepte z. B. im Infrastrukturaufbau anzuwenden und zugleich im Unternehmensbereich neue Maßstäbe zu setzen.

Allerdings wurden die Probleme, die nach der Vereinigung auf die ostdeutsche Wirtschaft zugekommen sind, nicht zuletzt aus wahltaktischen Gründen unterschätzt. Der politisch vorgegebene Grundtenor war, daß ein *Wirtschaftswunder* in den neuen Ländern zu erwarten sei und der Aufschwung bevorstünde. Dies war auch der Grund dafür, daß keine Konzepte für die Unternehmen in den neuen Bundesländern entwickelt wurden. Dies blieb bis in das letzte Jahr hinein so mit der Konsequenz, daß die Unternehmen, die bei der Treuhand verblieben sind, sich quasi im Wartestand befunden haben, sodaß keine entschlossenen Schritte in Richtung auf die Sanierung und damit die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit unternommen wurden. Erst mit dem Versuch über die Management

GmbHs sind spät andere Orientierungen eingeschlagen worden.

Die deutsche Vereinigung ist wirtschaftspolitisch als Experiment im Großmaßstab zu bezeichnen, bei dem allerdings keine neuen Wege beschritten wurden, sondern im wesentlichen eine Politik des Vertrauens auf Marktkräfte dominierte. Nachdem nun die Vorstellung vom Tisch ist, die Wiedervereinigung könne quasi aus der Portokasse gezahlt werden, und anerkannt wird, daß erhebliche Summen in die neuen Länder fließen werden, ist nach der Zukunftsfähigkeit dieses Mitteltransfers zu fragen. Die Transfers für Investitionen sollten auch unter Umweltkriterien überprüft werden. So muß insbesondere die Frage gestellt werden, inwieweit die nun getätigten Investitionen – die vor

allem im Bereich Infrastruktur die langfristigen Rahmenbedingungen für das Wirtschaften darstellen – der ökologischen Herausforderung adäquat begegnen.

Ulrich Petschow, Berlin

#### Literatur

- Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.) 1993: Zur technologischen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Bonn.
- Minsch, J. 1992: Grundlagen und Ansätze einer ökologischen Wirtschaftspolitik. In: Glauber, H., Pfriem, R. (Hg.): Ökologisch Wirtschaften. Frankfurt/M.
- Porter, M.E. 1991: Nationale Wettbewerbsvorteile. Erfolgreich konkurrieren auf dem Weltmarkt. München 1991.

### Informationen aus dem IÖW

#### Personalia

Leider hat es der Chronist bisher versäumt, an dieser Stelle auf die Einstellung von Karin Robinet hinzuweisen. Sie betreut nun schon seit einiger Zeit das Regionalbüro Kiel. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind »Arbeit und Umwelt« sowie »sanfter Tourismus«. Renate Streuer, die im Büro Hannover an Projekten des Öko-Controlling gearbeitet hat, scheidet zum Ende des Jahres auf eigenen Wunsch aus dem IÖW aus.

Ab Januar ist in der Forschungsgruppe »Ökologische Unternehmenspolitik« eine **PraktikantInnen-Stelle frei**. Interessierte wenden sich bitte an: Klaus Fichter, IÖW-Berlin.

Folgende **Akquisitionen** des IÖW waren u. a. erfolgreich: unter Federführung des ifo Instituts München eine Studie über die Entwicklung des Umwelttechnikmarktes in Berlin im Auftrag des Berliner Senates, zusammen mit dem Wuppertal Institut ein Projekt zur Erstellung eines Konzeptes für eine neue Bahn im Auftrag der Deutschen Bundesstiftung Umwelt bzw. des DNR, die Entwicklung eines Konzeptes zur vergleichenden Dokumentation der Ergebnisse produktbezogener Ökobilanzen sowie ein Gutachten über die ökologischen und ökonomischen Folgen des Ausbaus der Saale im Auftrag des WWF.

Abgeschlossene **Projekte** u. a.: Öko-Profile für typische Ytong-Produktanwendungen, Elemente des Stoffstrommanagements (Ökoleasing, Chemiesdienstleistung) für die Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt«.

#### Sonstiges

Am 15. November fand der Gründungsworkshop des AK BUIS in Hamburg statt. Bei dem Arbeitskreis Betriebliche Umweltinformationssysteme (AK BUIS) handelt es sich um einen fachübergreifenden Arbeitskreis der Gesellschaft für Informatik (GI). Dieser Arbeitskreis hat sich die Aufgabe gestellt, den Begriff »Betriebliche Umweltinformationssysteme« zu präzisieren und deren Entwicklung und Standardisierung zu fördern. Teilnehmer des AK BUIS von Seiten des IÖW ist Hans-Knud Arndt.

#### Abonnenten-Info

Nach zwei Jahren der Preisstabilität leistet der Informationsdienst einmal wieder einen – nur kleinen – Beitrag zur Erhöhung Ihrer Lebenshaltungskosten. Ab dem nächsten Jahr werden sich die Preise für ein Abonnement wie folgt verändern: das für Studenten (Bescheinigung erforderlich) kostet dann DM 30,-, das Normalabo DM 45,- und das für wissenschaftliche und politische Institutionen DM 90,-.

Da die Zeit seit Anfang 1991 für den Informationsdienst hoffentlich nicht nur eine Phase quantitativen Wachstums (Anzahl der Seiten), sondern aus Ihrer Sicht auch eine des qualitativen Wachstums (Inhalte) war, sind wir einigermmaßen zuversichtlich, daß die Folge dieser Erhöhung nicht eine Nachfrageelastizität kleiner Eins sein wird!

Als Bitte an Sie sei an dieser Stelle noch einmal daran erinnert, eventuelle Änderungen ihrer Bezugsadresse Frau Krause in der IÖW-Geschäftsstelle in Berlin mitzuteilen.

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.